

Krafsamer Zeitung.

Nr. 8.

Donnerstag den 11. Jänner.

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Beiliegung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen: im Anzeigeblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 3 Kr., für jede weitere 2 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserate-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Anzeigen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner d. J. begonnene neue Quartal der

„Krafsamer Zeitung.“

Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1866 beträgt für Krafsau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafsau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Ämtlicher Theil.

Franz Joseph der Erste.

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; Apostolischer König von Ungarn, Böhmen, Galizien und Lodomerien; König der Lombarden, Venetien und Aegypten, Erzherzog von Oesterreich, Großfürst von Siebenbürgen und Graf der Szekler u. c. c. entbieten den zufolge Unserer Einberufung auf den 19. November 1865 in Unserer königlichen Freistadt Klausenburg versammelten Mitgliedern des Landtags Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen Unsern Gruß und Gnade.

Wir hatten Uns bewegen gefunden, Euch lieben Getreuen mittelst Unseres Rescriptes vom 1. September l. J. zu dem in Unsere königliche Freistadt Klausenburg am 19. November l. J. zusammentretenden Landtage einzuberufen, und zum ausschließlichen Gegenstand der Verhandlung dieses Landtags die vorzunehmende Revision des von Uns bis nunzu unberührt gelassenen I. Gesezartikels vom Jahre 1848 über die Union Unseres geliebten Großfürstenthums Siebenbürgen mit Unserem Königreiche Ungarn bestimmt.

Es ist fortan Unsere schon in dem Rescripte vom 6. October l. J. kundgegebene, das Wohl beider Länder umfassende Absicht, daß die hochwichtige Frage der Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Großfürstenthums Siebenbürgen, welches im innigen Verbande zu Unserer ungarischen Krone steht, einer befriedigenden Lösung zugeführt werde.

Nach einer neuerlichen erusten Berathung habt Ihr in Eurer Uns unterbreiteten allerunterthänigsten Repräsentation vom 18. December l. J. die politische und volkswirtschaftliche Wichtigkeit eines innigeren Anschlusses Siebenbürgens an Unser Königreich Ungarn hervorgehoben; gleichzeitig habt Ihr in billiger Würdigung der Interessen der verschiedenen Nationalitäten und Confessionen Siebenbürgens die formulirten Anträge des Kronstädter Deputirten Friedrich Böhmches im Interesse der sächsischen, und jene des Kollojer Comitatsdeputirten Joseph Sobzu zu Gunsten der romanischen Nation, zur Verlage an den gemeinschaftlichen Landtag anempfohlen, und auch die Sondermeinungen des griechisch-orientalischen Erzbischofs Andreas Freiberrn von Saguna und des Hermannstädter Deputirten Jacob Ranicher und Genossen, der Repräsentation beigegeben.

Eueren Bitten Gehör gebend, und damit die Lösung der die gesammte Monarchie berührenden staatsrechtlichen Fragen keinen Anstoß erleide, gestatten Wir, daß der gegenwärtige Kronungslandtag Ungarns, welcher sich mit der Regelung jener Fragen zu befassen haben wird, von Unserem geliebten Großfürstenthum Siebenbürgen nach der Art und der Wahlordnung vom Jahre 1848 zur Wahrung der Landesinteressen beistehend werde.

Indem Wir die Vertretung Siebenbürgens an diesem Landtage genehmigen, geschieht es mit der ausdrücklichen Erklärung, daß hierdurch die Rechtsbeständigkeit der bisher erlassenen Geseze keineswegs alterirt werde.

Die definitive Union beider Länder, welche Wir nur auf Grundlage der geregelten staatsrechtlichen Verhältnisse der Länder der ungarischen Krone untereinander und zu dem Reiche verwirklichen können, machen Wir überdies von der gehörigen Berücksichtigung der speciellen Landesinteressen Unseres Großfürstenthums Siebenbürgen und von der Gewährleistung der auch durch Euch gewürdigten Rechtsansprüche der verschiedenen Nationalitäten und Confessionen, und von der zweckmäßigen Regelung der administrativen Fragen dieses Landes abhängig.

Zu Anbetracht dieser Unserer Entschliezung finden Wir den gegenwärtigen Landtag bis auf Weiteres zu vertagen.

Unter Einem verfügen Wir, daß unverzüglich zur Wahl der zu dem jetzt in Unserem Königreiche Ungarn tagenden Kronungs-Landtage abzuführenden Vertreter Siebenbürgens geschritten werde, und Wir wer-

den das Geeignete veranlassen, daß diejenige Kategorie der Regalisten, welcher der erste Paragraph des VII. ungarischen Gesezartikels vom Jahre 1848 an der Magnatentafel Sitz und Stimmrecht gibt, mit thunlichster Beschleunigung nach Pest berufen werde.

Denen Wir übrigens mit Unserer kaiserlich königlichen und landesfürstlichen Huld und Gnade unveränderlich gewogen bleiben.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am 25. December im eintausend achtshundert fünfundsiebzigsten, Unserer Regierung im achtzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Franz Graf Haller m. p.

Auf Sr. l. l. Apostolischen Majestät

allerhöchsteigenen Befehl:

Nicolaus Graf Teleki m. p.

Franz Joseph der Erste.

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; Apostolischer König von Ungarn, Böhmen, Galizien und Lodomerien; König der Lombarden, Venetien und Aegypten, Erzherzog von Oesterreich, Großfürst von Siebenbürgen und Graf der Szekler u. c. c.

Hochgeborne, Ehrwürdige, Edle, Hochwohlgeborne, Wohlgeborne, Edelgeborne, Ehrsame, Fürsichtige und Weise, Unsere lieben Getreuen.

Ueber die von Seite der zufolge Unseres Einberufungsrescriptes vom 1. September 1865 in Unserer königlichen Freistadt Klausenburg versammelten Mitglieder des Landtages Unseres Großfürstenthums Siebenbürgen in der Uns unter dem 18. December l. J. unterbreiteten Repräsentation gestellten Bitten haben Wir, denselben Gehör gebend, Uns anständig bewegen gefunden zu gestatten, daß der demalige, von Uns auf den 10. December l. J. in Unsere königliche Freistadt Pest berufene ungarische Landtag nach der Art und Wahlordnung vom Jahre 1848 auch durch die Kronberufenen und Abgeordneten der Jurisdictionen Unseres Großfürstenthums Siebenbürgen beschickt werde.

Diesem gemäß tragen Wir Euch lieben Getreuen in Gnaden auf, an die Comitats, Districte mit Einschluß des Naszoder, an die Szekler-Stühle, dann an die sächsischen Stühle und Districte, an die königlichen Freistädte und Marktstellen, die entsprechenden Verfügungen zu treffen, damit im Sinne der Bestimmungen des II. siebenbürgischen Gesezartikels vom Jahre 1848 die Wahlen der Abgeordneten mit Beschleunigung vollzogen und die gewählten Abgeordneten zu dem bereits tagenden ungarischen Landtage sofort entsendet werden.

Denen Wir übrigens mit Unserer kaiserlich königlichen und landesfürstlichen Huld und Gnade unveränderlich gewogen bleiben.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, am 25. December im eintausend achtshundert fünfundsiebzigsten, Unserer Regierung im achtzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Franz Graf Haller m. p.

Auf Sr. l. l. Apostolischen Majestät

allerhöchsteigenen Befehl:

Nicolaus Graf Teleki m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 11. Jänner.

Die „Allg. Bz.“ bringt einen bemerkenswerthen Artikel über die „österreichisch-französische Allianz“. Eine „Allianz“, wie man sie in diesem Falle vor Augen haben müsse, beruhe auf der beiderseitigen Erkenntnis von der Uebereinstimmung der Interessen in den zunächst voraussetzenden Ereignissen, wie in der vorliegenden Sachlage, endlich in der Ueberzeugung von dem guten Willen — eben aus Rücksicht auf den allgemeinen politischen und moralischen Nutzen der Einigung — die besonderen Interessen der befreundeten Macht zu fördern oder doch zu schonen. Die Identität dieser Interessen sucht der Artikel in den Beziehungen beider Staaten zu Italien nachzuweisen und fährt dann fort: Doch nicht in Italien allein stimmt derzeit das französische und das österreichische Interesse überein. In den Donau-Fürstenthümern herrscht eine so tief greifende Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, daß man auf ein vielleicht über Nacht eintretendes Ereigniß gefaßt sein muß. Auch auf anderen Punkten kann die orientalische Frage plötzlich wieder in ihrer ganzen Bedeutsamkeit sich darstellen. Frankreich wird nicht gleichgültig dabei sein; im Einverständnis mit Oesterreich darf es gewiß sein, seinem berechtigten Einspruch Nachdruck zu geben. Sogar Frankreich wird dem Kaiserhof zu Wien niemals der Gedanke aufsteigen, auswärtige Machtverbindungen zur

Schlichtung irgendeiner deutschen Angelegenheit zu benutzen. Seine höchsten Interessen gehen vielmehr dahin, solche von jeder Einmischung des Auslands fern zu halten. Daß das selbstverständlich durch die bonaparte Oesterreich mit Frankreich auch in Betreff der endlichen Lösung der schleswig-holsteinischen Sache erzielt wird, vereinfacht die letztere ungemein, da durch die bloße Thatsache der nunmehrigen europäischen Gruppierung auch innerhalb des deutschen Bundes die Machtverhältnisse der Staaten mit den Rechtsansprüchen der Nation in besserem Einklang stehen. Die „Allg.“ der Thatsachen wird auch hierbei — hoffentlich — sich geltend machen, wie ja unter Bruderstaaten von einem andern als einem friedlichen Austrag niemals die Rede sein kann. So wird sich herausstellen, daß das glücklich hergestellte, gute und herzliche Einvernehmen Frankreichs mit Oesterreich in Wahrheit die Bethätigung des Satzes ist: „L'empire c'est la paix.“

Die Berliner Blätter haben seit einiger Zeit viel zu thun, um der Fluth unangenehmer Nachrichten einen Damm mitunter sehr gewagter Dementis entgegenzusetzen. Manches namentlich in der schleswig-holsteinischen Frage mag sich anders gestalten, als man vorher gedacht und sich finden es vollkommen erklärlich, wenn dem „Freundenbl.“ aus Berlin geschrieben wird, daß in den dortigen maßgebenden Kreisen seit einiger Zeit eine tiefe Verstimmung herrscht. Man sei sich zwar längst darüber klar geworden, daß man mit dem Eingehen auf den Gasteiner Vertrag einen Fehltriff gethan. Seit dem Augenblicke aber, wo sich das Cabinet genöthigt sah — weil dies der Gasteiner Vertrag ausdrücklich stipulirt — der österreichischen Forderung, daß nun mit dem Alternat im Obercommando Mendsburgs Ernst gemacht werde, nachzugeben und zuzustehen zu müssen, daß General Gablenz vom nächsten Jult anfangen dieses Obercommando führe, sei man sich über die Konsequenzen des Vertrages um so klarer geworden, als man gleichzeitig eingesehen, daß bei dem intimen Verhältnisse Oesterreichs zu Frankreich jede Drohung, sich eventuell auf das Ausland zu stützen, im Winde verhallen müsse. Seit einigen Wochen lesen sich die leitenden Kreise vollends bewußt, daß Herr von Bismarck mit seiner Biarritz Reise, mit welcher man so viel Aufhebens gemacht, nicht nur eine Niederlage erlitten, sondern Oesterreich erst in seine gegenwärtige Position förmlich getrieben habe. Das Maß der Enttäuschungen ist aber noch nicht voll. Oesterreich habe bei den befreundeten Mächten durch plausible Darstellung die Billigung des Gasteiner Vertrages zu erlangen gewußt, und sei jetzt in der Lage, sich auf diesen eventuell sogar unter Anrufung der Großmächte zu stützen und es sei nicht nur nicht unmöglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß es dies für den Fall thun werde, als man von Berlin aus versuchen sollte, den beabsichtigten österreichischen Bestrebungen Hindernisse in den Weg zu legen. Dieser Fall dürfte schon binnen Kurzem eintreten, denn wie man wissen will, gehe Oesterreich ernstlich mit der Absicht um, die holsteinischen Stände nun wirklich einzuberufen, was selbstverständlich dem Berliner Cabinet, dem es bis jetzt noch immer gelungen, die Ständeberufungsfrage, so oft sie aufgetaucht, immer wieder auf die lange Bank zu schieben, unmöglich angenehm sein kann. Sollte man aber in Berlin veruchen, dieses österreichische Vorhaben zu kreuzen, so könne man auch sonst im Voraus überzeugt sein, daß Oesterreich die moralische Unterstützung der Westmächte für sich haben würde, wenn dies von Seite der österreichischen Diplomatie auch verblümlert, als es geschähe, ange- deutet worden wäre. Auch könne man sich nicht darüber täuschen, daß Napoleon diese moralische Unterstützung um so bereitwilliger gewähren werde, als ihm mit der Anrufung derselben ja selbst schon ein wesentlicher Dienst erwiesen wird.“ Wir erwähnen dieser Schilderung, weil sich daraus entnehmen läßt, wie das Gerücht über das Zurückgreifen der Westmächte auf die Londoner Conferenzen entstanden sein mag. Die „Allg.“ hat denn auch bis Widerlegung dieses Gerüchtes es an wütenden Seitenstücken auf Oesterreich und dessen inspirirte Presse nicht fehlen lassen.

Trotz allen Dementis soll an der Mittheilung über das Wiederauftauchen der Conferenzenprojecte doch etwas Wahres sein. Nunmehr soll nämlich auch die Aufnahme bekannt geworden sein, welche das Pariser Project in London gefunden hat und ein halb-officieller Bericht vom 24. Dec. am 8. d. in Wien eingelangt, umfassenden Aufschluß hierüber geben. Der englischen Regierung wäre es darum zu thun, den internationalen Charakter der auf der Conferenzen verhandelnden Frage klar ausgeprägt zu sehen, und so macht sie es denn zur Bedingung ihres Eingehens auf dieselbe, daß der Herzog von Augustenburg zunächst in den factischen Besitz der Souveränitätsrecht

über das Herzogthum Holstein gesetzt werde. Diese Entschliezung soll in St. James so ziemlich unwandelbar feststehen. Es steht zu erwarten, schreibt ein Wiener Corr. der „Bohemia“, daß von französischer Seite auf das Wiener Cabinet dahin gewirkt werden wird, daselbe zu bewegen, dem Herzog Friedrich den österreichischen Besitztitel auf Holstein zu übertragen, wie dies doch thatsächlich zu wiederholtenmalen als die Absicht der österreichischen Regierung kundgegeben wurde.

Viel Gerede macht jetzt wieder eine diplomatische Mission des Fürsten von Hohenzollern nach London und Paris. Dieselbe soll nach den Blättern, die sie erwähnen, den Zweck haben, die Höhe von London und Paris in der schleswig-holsteinischen Frage für Preußen zu stimmen. Die ganze Mission ist aber nichts als eine oberflächliche Erfindung, zu welcher, wie zu der diplomatischen Mission, die derselbe Fürst vor einiger Zeit für Wien übernommen haben sollte, lediglich wieder die Reise eines seiner Söhne Veranlassung gegeben hat. Die Sache verhält sich also: Der Erbprinz von Hohenzollern, Major à la suite bei dem 1. Garde-Infanterie-Regiment, hat sich bekanntlich vor einigen Jahren mit einer Schwester des Königs von Portugal vermählt. Als er seine junge Gemahlin heimführte, wollte er dieselbe der Königin Victoria, mit welcher sie verwandt ist, vorstellen, das war damals nicht möglich, weil sich die Königin in Balmoral befand. Die Königin benutzte daher die neuliche Anwesenheit des portugiesischen Königspaares, das erprinzliche Paar nach Osborne einzuladen, eine Einladung, welcher letzteres um so lieber Folge leistete, als es dort mit nahen Verwandten zusammentraf. Die Reise des Paares nach Paris, die ebenfalls dem Könige von Portugal zu Gefallen geschah, hatte die Einladung nach Compiegne zur Folge.

Der Preussische „Staatsanzeiger“ schreibt über den zwischen dem Senate von Hamburg und der preussischen Regierung schwebenden Postconflict: Hamburg beanspruche die Expedition von Postsendungen aus Hamburg nach Lauenburg mit daraus entspringendem Portogenuße, wie dies bisher von der schleswig-holsteinischen Abtheilung des Stadtpostamtes geschähe. Eine Abtheilung entspreche aber dem im Jahre 1864 vom Hamburger Senate mit Beschlag belegten dänischen Postamte. Nachdem das preussische Generalpostamt den Postbetrieb in Lauenburg seit Neujahr übernommen, sei der Anspruch auf eigene Expedition durch das preussische Postamt in Hamburg preussischerseits als unzweifelhaft begründet erachtet, weshalb die geeigneten Maßregeln unter vollständiger Wahrung der Interessen des Publicums getroffen wurden.

Die „Indep.“ bringt nach Briefen, die man in Paris aus Madrid erhalten hat, die Meldung, daß die progressivste Partei an das Gelingen der Bewegung glaubt. Die Haltung des Volkes in Madrid soll einen ziemlich drohenden Charakter haben, derart, daß es den Anschein hat, sie würde die Garnison verhindern, aus den Kasernen abzuziehen und die Regierung zwingen, den größten Theil ihrer Kräfte in denselben zu concentriren. Nach dieser Hypothese würde die Insurrection in den Provinzen freies Spiel haben und könnte die Bewegung damit enden, die Hauptstadt einzuschließen, was wohl den Erfolg des Aufstandes nicht zweifelhaft machen würde. Es heißt, Valencia habe ein Pronunciamento gemacht und Prim befinde sich daselbst, was jedoch nicht gewiß scheint. In finanziellen Kreisen Madrids glaubt man, daß die Dynastie gerettet werde; Prim, meint man, wird sich begnügen, ein progressivistisches Ministerium zu bilden, in welchem er nicht einmal eine Rolle beanspruche. D'Onnell sucht sich mit den absolutistischen Elementen der Moderados zu verstärken.

Nach einer Madrider Correspondenz des „Avenir-National“ wird der Sieg des Aufstandes bis zu Ende dieses Monats vorausgesagt.

Aus Paris wird gemeldet, daß Maria Theresia Braganza von Bourbon, Witwe von Don Carlos, ein Manifest in Spanien hat verbreiten lassen, um, von Vaterland, Religion und Königthum sprechend, die Thronrede Isabels und die Anerkennung Italiens als „Reperi“ zu verächtigen. Dasselbe ist im ganzen Lande durch Vermittelung des Klerus verbreitet, auf dessen aufrichtige Unterstützung die Regierung allerdings nicht mehr zu zählen hat. Mehrere der alten Carlistischen Chefs halten sich auf Alles vorbereitet; sie sind der Hoffnung, daß die Sache des Sohnes des Infanten Don Juan (der Infant Don Carlos Maria ist 1848 geboren, seine Mutter ist die Erzherzogin Maria Beatrix von Oesterreich-Este, eine Modenesische Prinzessin) binnen Kurzem laut proclamirt werden dürfte. Das ist vielleicht eine Illusion, aber wir wollen es doch nicht unbemerkt lassen, daß diese Partei zum ersten Male nach einer langen Reihe von

Zahlen überhaupt wieder Aussicht zu haben glaubt. Ein Pariser Correspondent der „N. A. Z.“ berichtet gleichfalls, daß auch ein carlistischer Aufstand in Vorbereitung gewesen, aber aus Mangel an Theilnahme gänzlich fehlgeschlagen habe. Maria Theresia von Braganza habe reichlich Geld und die oberwähnte Schrift vertheilen lassen. Nun sei zwar das Geld angenommen, die Programme aber so wenig betrachtet worden, daß von dieser Seite her der Regierung Hoffentlich auch nicht der Schatten einer Gefahr drohe.

Man spricht davon, daß zwischen Paris und London bereits Verhandlungen über einen neuen „Auslieferungsvertrag“ auf breiterer Basis als der eben gekündigte stattfinden.

Aus Florenz wird gemeldet, daß der Marineminister, um die möglichen Ersparungen zu erzielen, die Einstellung aller Marinearbeiten angeordnet hat.

Wie die „St. Petersburger Ztg.“ vom 9. d. aus sicherer Quelle vernimmt, werden Maßregeln für Verbesserung und Regelung der Lage der katholischen Weltgeistlichkeit von Polen verbreitet. Dieselbe wird einen nach den Grundätzen der Billigkeit festgestellten und vertheilten Gehalt beziehen. Die Bezüge von 900 Pfarrern werden um 30 bis 50 Pct. verbessert, die Einkünfte der höheren Geistlichkeit werden vermindert, bleiben jedoch höher als die des französischen Episcopats. Sämmtliche Beneficien, Stiftungen, wie andere Einnahmen verwallt künftig die Regierung unter Aufsicht der Schuldentilgungskommission und Deputirter der Geistlichkeit. Dieselben werden ausschließlich zum Nutzen der Geistlichkeit verwendet. Die zwangsweise Erhebung des Zehnten wird abgeschafft, dessen Leistung dem freien Willen überlassen. Das Budget der Geistlichkeit wird auf 900.000 Rubel festgesetzt werden.

Der Uras über die Regulirung der Verhältnisse der römisch-katholischen Geistlichkeit im Königreiche Polen wird bereits in einer besonderen Beilage des „Dziennik Warsz.“ vom 9. d. veröffentlicht. Das künftige Gehalt des Erzbischofs von Warschau ist auf 6000 SR., dasjenige der Diöcesan-Bischöfe auf 5000 Rubeln, der Suffraganbischöfe auf 900 bis 1500 SR., der Decane, Domherren und Propste auf 600 bis 1200 SR. festgelegt.

Die bekannte Antwort des Fürsten Cusa auf das Bezirksdecret hat seitens Fuad Pascha's eine Replik erhalten, welche unseres Wissens noch nicht veröffentlicht ist. Dieselbe ist vom 29. November datirt. Folgende Stelle gibt einen genauen Begriff von dem Ton und Inhalt des ausführlichen, charakteristischen und sehr energischen Schreibens:

„Ich spreche Ihnen vor Allem das Erstaunen aus, mit welchem wir von der Anlegung Kenntniß genommen haben, welche Ew. Hoheit meinem Schritte gegeben, sowie von den Folgerungen, welche Sie aus demselben ziehen. Mein, Hoheit, die hohe Pforte kann und darf nicht beschuldigt werden, die rasche und energische Unterdrückung eines Volksaufstandes zu mißbilligen; sie ist keineswegs geneigt, den revolutionären Geist in den Vereinigten Fürstenthümern zu begünstigen; sie hat zu viele Beweise gegeben von ihrem Verlangen, den von den Beträgen geschaffenen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten, als daß man in dieser Beziehung einen Zweifel erheben dürfte. Die kaiserliche Regierung ist zweifach dabei interessiert, in diesen Provinzen einen tiefen, dauernden und wahrhaften Frieden herrschen zu lassen; ich sage zweifach interessiert, weil die Fürstenthümer einen integrierenden Theil des Reiches bilden, und weil sie an andere Provinzen gränzen, deren Ruhe nur gefährdet werden könnte durch aufrührerische Bewegungen in ihrer Nachbarschaft. Diese Sachlage, im Zusammenhalt mit unzweideutigen Bekundungen der Gefühle, welche die kaiserliche Regierung gegen Ew. Hoheit befehlen, sollte genügen, uns vor einer Anschuldigung zu bewahren, gegen welche nicht laut zu protestiren mir unmöglich ist.“

„Ich kann ebensovienig die Voraussetzung zulässig finden, welche Euer Hoheit insinuirt, die von dem Pariser Vertrag gezogenen Schranken zu überschreiten. Die Achtung vor den Beträgen ist die politische Religion der hohen Pforte. Die Mächte, welche diese Verträge unterzeichnet, werden uns, wenn nothwendig, dieses Zeugniß nicht verweigern.“

„Euer Hoheit schreibt mir, daß „Sie genöthigt seien, mich daran zu erinnern, daß die Vereinigten Fürstenthümer, den ausdrücklichen Bestimmungen des Pariser Vertrags zufolge, sich in Freiheit und außerhalb aller Einmischung der hohen Pforte verwalten.“ Wer hat aber dieses Princip bestreiten wollen? Was haben wir gethan, um Euer Hoheit zu nöthigen, uns daselbe in Erinnerung zu rufen? Hat die hohe Pforte Euer Hoheit nicht Beweise genug geliefert, daß sie daselbe niemals vergaß, und daß sie aufrichtig wünscht, Niemand möchte es vergessen? Gestatten mir Euer Hoheit, Ihnen bemerkt zu machen, daß zwischen einer Einmischung und der Mittheilung gewisser freundschaftlicher Bemerkungen ein Unterschied ist, so groß wie, um mich eines dem gewöhnlichen Leben entlehnten Ausdruckes zu bedienen, der Unterschied zwischen Weiß und Schwarz.“

Wie man der „Rölnischen Zeitung“ aus Madrid unter dem 4. Jänner schreibt, ist die Absendung von Verstärkungen für das Geschwader des Admirals Pareja suspendirt bis zum Eintreffen des Ergebnisses der von England und Frankreich übernommenen Vermittlung im Conflict mit Chili. Das Cabinet von Washington dringt sehr entschieden auf eine baldige Beilegung des Conflictes und hat seine Absicht, eine starke Flottenabtheilung nach Balparaiso zu senden, zu erkennen gegeben.

Nach der „Patrie“ ist in der Nähe von Peking ein christliches Dorf von den Eingeborenen niedergebrannt und der dort wohnende katholische Bischof ermordet worden. Der französische Gesandte zu Peking hat dierhalb eine energische Note an die chinesische Regierung gerichtet und diese die Bestrafung der Verbrecher verheißen.

In den letzten Tagen ist in Wien eine Schrift ausgegeben worden, welche allgemein, wir glauben wohl mit Unrecht, für eine Publication des Grafen Belcredi angesehen wird und die „Lösung der Verfassungsfrage“ als Ueberschrift führt. Als Ausdruck der Gesamtregierung dürfte diese Schrift jedenfalls nicht anzusehen sein, denn die Vorschläge derselben dürften die Billigung der ungarischen Regierungsmänner kaum erhalten. Die Schrift wendet sich ausdrücklich gegen die Parität, wie sie die Ungarn im Verhältniß zum übrigen Reiche beanspruchen und hebt hervor, daß die Thronrede diesen Anspruch nicht bekräftigt, folglich in diesem Punkte nicht den ungarischen Standpunkt einnimmt. Die Schrift, welche den Dualismus, die Parität mit Ungarn, wie das Centralparlament als unausführbar darstellt, aber ebensowenig den Schwerpunkt der staatsrechtlichen Action in die einzelnen Landtage verlegt wissen will, befürwortet ein Gruppensystem, einen Föderativbau aus den höheren Organismen. Als solche höhere Organismen findet die Schrift 1. eine engere Gemeinschaft der durch materielle Interessen, Sitte, Bildung, Sprache, historische Erinnerung und politische Entwicklung verknüpften Länder, die vormalig dem deutschen Reiche angehörten und heute zum Gebiete des deutschen Bundes gehören (das Königreich Böhmen verschwindet demnach als integrierender Theil) — eine Union, die nicht nur durch geographische Lage begünstigt, sondern auch durch staats- und völkerrechtliche Acte sanctionirt worden ist; 2. die Union Ungarns mit seinen Nebenländern; 3. das dreieinige Königreich: Kroatien, Slavonien und Dalmatien; 4. Galizien und Lodomarien mit der Bukowina; 5. Lombardo-Venetien. Von den drei ersten Föderativorganismen wird der erste als unannehmbar betrachtet. Es wird dagegen bemerkt, daß die Union Ungarns und seiner Nebenländer und die Union des dreieinigen Königreiches sich einander anschließen. Jeder der fünf Reichstheile soll nun eine eigene Vertretung haben, welche aus den Provinzial-Landtagen gewählt wird. Aus dem Schooße dieser fünf Vertretungen sind die Delegirten zu entsenden, die in ihrer Vereinigung die gesammte Reichsvertretung bilden. Wo die einzelne Gruppenvertretung sich in Ober- und Unterhaus theilt, hat jedes derselben seine Berücksichtigung zu finden. Die Zahl der Delegirten dieser Gruppenvertretung oder General-Landtage wird nach dem Verhältniß der Bevölkerung bemessen. In der Reichsvertretung oder „Reichsdeputation“ werden die Beschlüsse durch einfache Majorität gefaßt. Dieser Organismus würde sich in doppelter Weise von dem Centralparlament unterscheiden. Er brauchte nicht einmal die Gliederung in Ober- und Unterhaus aufzuweisen, und zweitens würde es sich davon durch die Zahl seiner Mitglieder unterscheiden; der Centralvertretungskörper würde 36 bis 37 Mitglieder zählen, die sich nach der Bevölkerungszahl auf die fünf coordinirten Reichstheile vertheilen und von diesen aus ihren General-Landtagen delegirt werden, wenn eine Million als Einheit angenommen wird. Sollte aber Kroatien-Slavonien zur ungarischen Union hinübergezogen werden und Dalmatien isolirt bleiben, so muß, damit dieses Land eine Vertretung im Centralvertretungskörper finde, eine halbe Million als niedrigste Einheit aufgestellt werden und die Centralvertretung würde dann 73 Mitglieder zählen.

Der Wiener Correspondent des „Politikalis Heft“ schreibt, man ergäbe sich in Wien allenthalben, daß zwischen den ungarischen und nicht ungarischen Staatsmännern ein Compromiß zu Stande gekommen sei, dem gemäß von einer gemeinsamen Vertretung der transleithanischen Länder nicht mehr die Rede sein soll, sondern dieselben in mehrere Gruppen zerfallen. Die erste Gruppe würden Galizien und die Bukovina bilden, die zweite die zum deutschen Bunde gehörigen Länder, die dritte Venetien, die vierte Dalmatien, die fünfte den nicht deutschen Theil n von Istrien. Jede dieser Gruppen solle eine gemeinsame Vertretung erhalten, über welchen dann eine solche Reichsvertretung stehen würde, an welcher auch die Länder der ungarischen Krone theilzunehmen hätten. Kroatien wäre auch seitens der Regierung ein leeres Blatt eingeräumt, und es sollte demselben freistehen, in einen engeren Verband zu treten, oder sich der dalmatinischen Gruppe anzuschließen, oder für sich allein eine besondere fünfte Gruppe zu bilden. Jede dieser Gruppen würde Ungarn gleichgestellt sein, und somit könne auch diesem nicht mehr concedirt werden, als was jenen zu Theil werden kann.

Bereits im Jahre 1854 war zwischen Oesterreich und dem h. Stuhle das Abkommen getroffen worden, daß die adeligen Domecapitel auch für Nichtadelige zugänglich sein sollten. Die Verammlung der Bischöfe in Wien war damit einverstanden und seitdem hat die österreichische Regierung wiederholt in Rom auf Erlassung des bezüglichen Breves angetragen. In neuerer Zeit soll jedoch davon abgegangen werden. Es soll in Rom erklärt werden, daß auf die Erlassung dieses Breves verzichtet werde; dagegen sollen diese adeligen Capitel sich verpflichten, Collegiatecapitel, zu denen auch Nicht-Adelige Zutritt haben, besser zu dotiren.

Landtagsverhandlungen.

Den „Gaz.“ beschäftigt im Leitartikel das hin und wieder laut gewordene Gerücht, als ob die Ruthenen die Absicht hätten, aus dem Landtag auszutreten. Diesen Schritt ihrerseits hat der „Gaz.“ keinen Augenblick für möglich gehalten, da kein Grund dazu vorliegen können. Wie in jeder engsten Familienversammlung könnten Streitigkeiten vorkommen, aber eine Trennung sei unmöglich. Unzweifelhaft würden sich die Ruthenen auch in Lösung der jetzigen Zwist

auf dem Felde der Gleichberechtigung durch die politische Idee leiten lassen und ihre Forderungen durch die Gränze des Möglichen und der Möglichkeit moderiren. Sei es nicht gleichsam deutliche Schiedung der Vorsehung, daß während Rußland mit aller Macht in der „Union“ den Geist Polens zu tödten trachte, der Landestheil, wo Polen und Ruthenen zusammen leben und gemeinsam und frei im Landtage sitzen, unter dem Scepter eines katholischen Herrschers stehen, in dem die Union natürliche Stütze und Obhut finden müsse? Das in zwei Sprachen dem Lemberger Landtage vorgelegte Septembermanifest, die Unterschrift des Monarchen, polnisch auf einem Exemplar, auf dem andern mit ruthenischen Lettern (Kirilica) gezeichnet, sei ein deutlicher Beweis der Conservirung jener traditionellen Gleichheit und Einheit, die der Union durch Jahrhunderte vorgeleuchtet.

Die Fondscommission des galizischer Landtages hat den Antrag des Landesauschusses betreffend die Uebernahme der Landesfonds von Seiten des Ausschusses angenommen und wird ihn der Regierung unterbreiten. Die „Gazeta narodowa“ wundert sich, daß sie dies nicht gleich nach der Constatirung gethan, da die Angelegenheit so klar und vom Ausschusse so formulirt war, daß man sie in einer Sitzung gehörig untersuchen und zum Beschluß erheben konnte. Hochw. Domherr Gintlewicz in Verein mit Herrn Julian Lawrowski, Advocat, haben ihren Minoritätsantrag vertheidigt, daß man die Rückgabe der Landesfonds an die Verwaltung des Landesauschusses nicht verlange, und wollten aus dem Inhalt des Februarstatuts beweisen, daß der Ausschuß hiezu kein Recht hat. Wie kann, schreibt die „Gazeta narodowa“, da das Ministerium selbst den Antrag gestellt, der Landtag möge den Ausschuß ermächtigen die Landesfonds zu übernehmen und sich damit zu befassen, die clerikale Partei dem Ausschusse noch die Competenz bestreiten? und dann beklagt sie sich, daß sie bei den Wahlen in die Commission nicht gewählt wird.

Wie aus Prag, 9. Jänner gemeldet wird, theilte sich an der heut fahrtgebenden Landtagswahl der Fideicommiss-Besitzer 31 von 49 Wahlberechtigten. Gewählt wurden Graf Johann Kolowrat und Graf Rudolph Chotel mit je 27 Stimmen. Beide gehören der feudalen Adreppartei an. Der nicht-fideicommissarische Großgrundbesitzer hat 295 Stimmen abgegeben. Gewählt sind: Graf Hugo Mostiz (183 Stimmen); Graf Friedrich Westphalen (179 Stimmen); Graf Friedrich Carl Rinsky (178 Stimmen) und Carl Rirchner (177 Stimmen).

Ein Agramer Telegramm des „Neuen Fremdenblattes“ meldet: Der Landtag wird am 15. d. M. mit neuer Parteigruppierung seine Arbeiten wieder aufnehmen. Die Beamtenpartei ist gesprengt und die Fusionspartei existirt nicht mehr. Die große liberal-nationale Partei ist durch Zutritt eines Theiles der Beamten verstärkt und bildet effectiv die Majorität des Landtages. — Der Chef der unionistischen Fraction, Baron Hellenbach, hat einen Adreppentwurf verfertigt. Derselbe enthält den im ursprünglichen Fusionsprogramme enthaltenen modus procedendi freirecht, während Dr. Radis Entwurf den bekannten Artikel 42 vom Jahre 1861 und die principielle Anerkennung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten als Grundlage annimmt, zugleich aber als unerläßliche Bedingung die territoriale Ergänzung des dreieinigen Königreiches hinstellt. Der Banus und Cardinal Siskulic, die früheren Spitzen der Beamtenpartei, sind für den zum Dualismus hinneigenden Adreppentwurf Hellenbach's. Die Gränzdeputirten werden darum jetzt im dualistischen Sinne bearbeitet.

Telegraphische Landtagsberichte.

Linz, 9. Jänner. Der Bericht des Landesauschusses über die Ausgleichung der Invasionskosten wird dem Finanzcomité zugewiesen. Hierauf Berichte des Strafencomité.

Graz, 9. Jänner. Der Landeshauptmann theilt mit, daß Se. Majestät die Landtagsadresse allergnädigst entgegenzunehmen geruhte. Eingebacht wurde eine Petition der Stadt Graz mit einem Gemeinde-Statut für dieselbe, dann zwei Petitionen mehrerer Gemeinden, welche dem Landtage für dessen Haltung ihren Dank aussprechen. Hierauf begann die Verhandlung über das Gesetz betreffend die Aufhebung der Gebundenheit des Bodens. Donnerstag Fortsetzung.

Laiabach, 9. Jänner. Mehrere slovenische Abgeordnete bringen an dem Statthalter zwei Interpellationen ein; die erste betrifft die Befreiung einer Anzahl von Schülern vom Unterrichte der slovenischen Sprache am Laiabacher Gymnasium; die zweite enthält eine Beschwerde gegen einen Beamten des Bezirksamtes Sittich wegen angeblich eigenmächtiger Inhaftirung eines Grundbesizers, anlässlich des von demselben gestellten Begehrens ihm künftighin statt einer deutschen eine slovenische Vorladung zu schicken. Der Statthalter sagt die Beantwortung zu. — Abg. Roman begründet seinen Antrag wegen Urgirung des Baues der Eisenbahnlinie Laiabach-Billach-St. Peter. Der Antrag wird einem Ausschusse zugewiesen. Die Anträge des Landesauschusses hinsichtlich der Entschädigung für den incamerirten Provinzialfonds, dahin gehend: dem Staats- und dem Finanzminister eine Vorstellung zu überreichen, so wie den vom Landesauschusse der Regierung gemachten Vergleichspropotionen beizupflichten, werden zum Einstimmigen erledigt.

Innsbruck, 9. Jänner. Die Anträge in Betreff der Beschränkung der Branntweinbrennereien und des Branntweinvertriebes werden einem Comite und des Anträge der italienischen Abgeordneten in Betreff der Aenderung der Landesordnung und Landeswahlordnung werden dem Landesauschusse mit dem Auftrage zugesandt, dieselben einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und dem Landtage in der nächsten Session Bericht zu erstatten.

Triest, 9. Jänner. In der gestrigen Landtags-sitzung wurde nebst der Annahme die Adresse an Se. Majestät beschloffen, wegen baldiger Entscheidung in Sachen der Rudolf-Bahn ein Memoriale an den Handelsminister zu richten.

Klausenburg, 9. Jänner. Durch das in der heutigen Landtags-sitzung verlesene a. h. Rescript wird gestattet, daß der gegenwärtige Krönungslandtag Ungarns nach der Art und der Wahlordnung von 1848 zur Wahrung der Landesinteressen beschickt werde; hierdurch wird die Rechtsbeständigkeit der bisher erlassenen Gesetze nicht alterirt. Die definitive Union beider Länder, welche nur auf Grundlage der geregelten staatsrechtlichen Verhältnisse der Länder der ungarischen Krone untereinander und zum Reiche verwirklicht werden kann, wird von der gehörigen Berücksichtigung der speciellen Landesinteressen Siebenbürgens und von der Gewährleistung der auch durch den Landtag gewürdigten Rechtsansprüche der verschiedenen Nationalitäten und Confessionen, sowie von der zweckmäßigen Regelung der administrativen Fragen des Landes abhängig gemacht. Der Landtag wird in Anbetracht dessen bis auf Weiteres verlagt und die unverzügliche Vornahme der Wahlen für den ungarischen Landtag angeordnet. Die Regalisten, welche nach § 1, Art. VII. des ungarischen Gesetzes von 1848, an der Magnatenafel Sitz und Stimmrecht haben, werden mit thunlicher Beschleunigung nach Pest berufen werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Jänner.

Wir haben bereits die Worte mitgetheilt, welche Ihre Majestät bei Empfang der ungarischen Deputation auf die Ansprache des Führers derselben, Sr. Eminenz des Cardinals Szitovskiy, zu erwiedern geruhten und lassen hier nunmehr diese Ansprache selbst folgen. Dieselbe lautet wörtlich:

Euer kaiserliche königliche Majestät!

Allergnädigste Frau!

Bei der hohen, mächtig sich kundgebenden Begeisterung, welche durch die wiederholte Anwesenheit unseres erhabenen Herrn und Königs in unserem Vaterlande das Herz jedes Patrioten erfüllte, war es unmöglich, daß nicht dieselben Gefühle auch Eurer Majestät sich zuwenden. Indem der ungarische Landtag diesen Gefühlen der Begeisterung und der ehrfurchtsvollen Huldigung Ausdruck zu verleihen wünschte, glaubte er, die beste Gelegenheit hiefür in dem Geburtstag Eurer Majestät zu finden und ergriffte dieselbe, indem er beschloß, seine tiefe Ehrfurcht und seine innigsten Glückwünsche Eurer Majestät durch eine feierliche Deputation allerunterthänigst auszudrücken zu lassen. Uns, die wir so glücklich sind, hier vor Eurer Majestät erscheinen zu dürfen, ist die hohe Ehre und die Freude zu Theil geworden, die Gefühle der Stände und Vertreter des Landes vor Eurer Majestät zu verdeln. Gebahene Königin! Vielfach sind die Bande, welche das Herz der Nation voll Treue, Liebe und Hingebung an Eurer Majestät knüpfen. Das ungarische Vaterland verehrt in Eurer Majestät jenes erhabene Wesen, welches die schweren Regierungshorgen unseres Herrn und Königs durch zarte Liebe lindert — es verehrt in Eurer Majestät die königliche Mutter des königlichen Thronerben, es verehrt dankbar die Guld, mit welcher Euer Majestät, ohne aufstrebenden Eifer zu scheuen, die Sprache unserer Nation sich eigen gemacht haben. Unbegrenzt ist für Alles das unsere Liebe und Ergebenheit für Euer Majestät und wir bitten Euer Majestät, daß Allerhöchstdieselben den Ausdruck dieser Gefühle allergnädigst entgegenzunehmen geruhen, bis die Stände und Vertreter des Landes und mit ihnen unser ganzes Vaterland das Glück haben, vor Eurer Majestät die ganze Fülle der Empfindungen auszudrücken, denen wir heute hier Worte leihen.

Es lebt in uns nämlich die beständige Hoffnung, daß Euer Majestät bald, in Begleitung unseres erhabenen Herrn und Königs, die Hauptstadt unseres Vaterlandes zu beglücken geruhen werden und wir erlauben uns, diese Hoffnung Eurer Majestät zugleich als allerunterthänigste Bitte vorzutragen. Sehnsuchtsvoll sieht die Nation dem Freudentage entgegen, welcher Euer Majestät, die allgeliebte Landesmutter in unser Vaterland führen wird. Der Himmel halte Euer Majestät in seinem heiligen Schutze, — er erstrecke ihre Tage bis an die weitesten Gränzen des menschlichen Daseins, er gebe seinen besten Segen Eurer Majestät sowohl, wie unserem königlichen Herrn und Allerhöchst Ihren erhabenen Kindern, damit Euer Majestät lange — lange ungetrübt Freude genießen und der Ungar, beglückt durch Euer Majestät, freudig rufe: „Unsere erhabene Königin lebe hoch!“

Am Schluß der Rede erscholl ein dreimaliges begeistertes Gehen.

Sr. Eminenz ter Primas von Ungarn, Cardinal Szitovskiy und die meisten Mitglieder der ungarischen Deputation sind bereits gestern abgereist. Die feierliche Notification der Thronbesteigung Sr. Majestät des Königs Leopold II. fand vorgestern Nachmittags halb 3 Uhr durch den außerordentlichen Gesandten des belgischen Hofes, Herzog de Ursel, und dessen Attache, Grafen de Ursel, bei Sr. Majestät dem Kaiser in Gegenwart des Staatsministers Grafen Belcredi statt. Die Audienz währte eine halbe Stunde. Nach der Audienz stattete Graf Mensdorff dem Herzog de Ursel einen Besuch im Hotel ab. Beide Gesandten wurden gestern zur Hofafel gezogen.

Aus Linz wird geschrieben: Der Befund der vom Professor Dr. Braun vorgenommenen Section des Leichnams ihrer k. Hoheit der Erzherzogin Elisabeth hat die häutige Bräune als unzweifelte Ursache des Todes constatirt und überdies Andrang von Wasser auf das Gehirn, wodurch Fransen herbeigeführt wurden, nachgewiesen. — Die Uebertragung der Leiche nach Ofen in die dortige erzherzogliche Familiengruft erfolgt in einem separaten Waggon der Elisabeth-Westbahn. Se. Excellenz der Herr Staatsminister Graf Bel-

credi wurde am 3. d. M. zum Ehrenbürger der Gemeinde Ober-Miskau in Mähren ernannt.

Der Blätter theilen neuerdings eine Reihe von Gnadenacten mit, welche in Folge von Majestätsgesuchen, die Sr. Majestät bei a. h. dessen Anwesenheit hier selbst überreicht wurden, seitdem erloschen sind. Dieselben betreffen mehrere an Private und Beamten ertheilte namhafte Geldunterstützungen.

Bisher bestanden für die Reiten der Staatsbeamten bestimmte Gehälter und Diäten. Nämlich soll, wie man der „Tagesp.“ aus Wien berichtet, zur Schonung des Staats-Schatzes bereits vom Finanzministerium an dessen untergeordnete Behörden die Weisung ergangen sein, daß künftig hin jedem Beamten, welcher eine Dienstreise vorzunehmen hat, von seinem Chef ein mit demselben zu vereinbarendem Pauschalbetrag gegen gehörige Abquittung ausbezahlt werde. Dadurch befehlt sich die Legung der Particularien und die Verrechnung von Vorschüssen, welche bisher bei Antritt einer Dienstreise bezogen zu werden pflegten. Durch diese Maßregel wird voraussichtlich eine nicht unbedeutende Ersparung im Staatshaushalte erzielt werden, weil bei den höhergestellten Beamten insbesondere die charaktermäßigen Diäten verhältnißmäßig hoch waren.

Aus Ungvar wird dem „Stow.“ geschrieben, daß dort der lang projectirte literarische Verein des h. Basilikus unter den dortigen Rathen, dessen Statuten von der k. Statthalterei in Ofen bereits bestätigt wurden, mit nächstem ins Leben treten wird.

In Agram eingelangten Berichten zufolge hat der im 1861er Landtag verfaßte Statutenentwurf der südslavischen Akademie nunmehr alle competenten Instanzen durchlaufen und wird demnächst wohl sehr wesentlich modificirt und a. h. Sanction unterbreitet werden. Hingegen sind die betreffenden Patrioten, welche sich schon seit Jahren in Angelegenheit der Gründung einer Universität in Agram bemühen, auf unbestätigte Hindernisse gestoßen.

Deutschland.

Die „Speyerer Nachrichten“ melden, der Statthalter F. M. E. Freiherr v. Gablenz habe in seiner Neujahrsrede die Zufriedenheit des Kaisers über die Haltung der hohelsteinischen Bevölkerung ausgesprochen. Das „Dresdener Journal“ enthält nachstehendes Telegramm aus München vom 9. d.: Die Herzogin Sophie in Baiern hat die Nacht ziemlich ruhig verbracht, die Alhem-Beschwerden sind etwas vermindert, das Fieber mäßig, der Kräftezustand befriedigend.

Aus Berlin, 9. Jänner, Nachm., wird gemeldet: Die heutige Conferenz-Sitzung ist wegen einer leichten Unpäßlichkeit des Königs abbestellt. — Heute Nachmittags findet die feierliche Abschieds-Audienz des britischen Botschafters bei ihren Majestäten statt.

Aus Königsberg wird der „Pr. Litt. Z.“ geschrieben: Wenn wir neulich meldeten, daß Johann Jacoby am 22. Februar seiner Haft entlassen werden werde, so ist ein Zwischenfall eingetreten, der seine Haft noch um 14 Tage verlängert. Das Stadtgericht in Berlin hat Jacoby wegen der in seiner Biographie Heinrich Simons enthaltenen incriminirten Stelle zu vierzehntägigem Gefängniß verurtheilt; das Urtheil ist rechtskräftig geworden, und das hiesige Gericht ist bereits um Vollstreckung dieser Strafe gegen Jacoby requirirt worden.

Frankreich.

Paris, 7. Jänner. Der Herzog und die Herzogin von Magenta reisen morgen nach Algier ab. Das Kriegsministerium ist gelungen, erste Ersparnisse vorzunehmen, und zwar will es die Commandos der sechs Militär-Departements aufheben, welche Sicherungen sind und fabelhaftes Geld kosten. Der neuernannte Bischof von Vannes ist der jüngste Prälat im französischen Episcopat, Monseigneur Bancel ist noch nicht 40 Jahre alt. Monseigneur Place, welcher zum Bischof von Marseille ernannt ist, war früher Diplomat; im Jahre 1848 war er der französischen Legation in St. Petersburg attachirt. Der belgische Hausminister de Praet ist mit großer Auszeichnung in den Tuilleries empfangen worden. Die maroccanischen Gesandten speisen heute bei Herrn Drouyn de Lhuys in dem answärtigen Amte. — Louis Béron, der dicke bourgeois de Paris, arbeitet an der Fortsetzung seiner Memoires und erzählt in denselben mit jener Aufrichtigkeit und Unbefangenheit, die ihm, trotz mancher Schwächen, so viele Freunde erworben haben, die Ereignisse, die zwischen der Wahl vom 10. December 1848 und den allgemeinen Wahlen vom 1863 liegen. Dr. Béron ist seit fast drei Jahren ganz aus dem politischen Leben geschieden. Der erste Band der fortgesetzten Memoiren des Bürgermannes von Paris soll am ersten März ausgegeben werden. — Die Vorlesung des jüngeren Guizot im Collège der France wird vielfach besprochen. Guizot, der Vater, trat eine Viertelstunde vor seinem Sohne in den Horsaal, er wurde mit lautem Beifall begrüßt. Guillaume Guizot war sehr aufgeregt und hatte soviel Mühe, seine Vorlesung anzufangen, daß man glaubte, er werde sie bis nächsten Donnerstag vertagen müssen. Er konnte sich indessen hören lassen, und als dann einige Anwesende ein Geschrei erhoben, um die Stimme des Professors zu erlösen, erhob sich die sehr große Majorität gegen diese Aufreißer und verlangte oder bewirkte, daß sie vor die Thür gesetzt wurden. Dann fand die Vorlesung ohne irgend eine Störung statt, und am Schluß derselben bildeten die Zuhörer auf beiden Seiten des Weges, auf dem sich die beiden Guizots entfernten, Spalier. Sie begleiteten Guizot, den Vater, sogar bis an die Rue du Bac, wo derselbe in einen Wagen stieg, um in seine Wohnung zu fahren.

Spanien.

Aus Madrid, 8. Jänner wird tel. gemeldet: Der Deputirtencongress hat einstimmig beschlossen, der Königin eine Adresse zu überreichen. Den letzten Nachrichten zufolge stand Prim in Arda in den Gebirgen von Toledo. Derselbe dürfte schwerlich einer der drei Colonnen, welche ihn verfolgen entkommen. Die in Portugal eingedrungenen Insurgenten von Avila wurden daselbst entwaffnet. Den Ausbruch des Aufstandes betreffend, wird dem „Moniteur“ unter dem 4. Jänner aus Madrid geschrieben: Bei Tagesanbruch, am 3. Jänner, empörte sich ein Theil der beiden in Aranjuez und Deana liegenden Infanterieregimenter Bailen und Calatrava. Um das Regiment Calatrava aus Aranjuez hinauszubringen, überfielen mehrere mit Karabinern bewaffnete Soldaten unter Führung eines Unterofficiers den wachhabenden Lieutenant, banden ihn mit Stricken und schafften ihn nebst dem Obertrumpeter und einem Wachtmeister in ein Arrestloca. Einmal Herren des Calerenthores, zogen die Aufständischen mit dem Rufe: „Es lebe die Verfassung! Es lebe General Prim!“ hinaus. Das Regiment zählt über 40 Officiere, von denen nur 8 sich am Aufstande betheiligten. Im Regiment Bailen ward die Bewegung von dem Hauptmann Terrones und einer geringen Anzahl Officiere geleitet. Zweimal versuchten die Aufständischen vergeblich, sich der Telegraphenstation von Aranjuez zu bemächtigen. In dieser Stadt stießen etwa vierzig Civilpersonen, die mit der Bahn von Madrid gekommen waren, zu ihnen. — Gegen 11 Uhr Vormittag waren die Aufständischen zu Arganda del Rey angekommen, gingen aber, da sie von den Einwohnern übel aufgenommen wurden, nach Villarejo de Salvanes zurück, wo sie auf die nicht abgefallenen Officiere der Oberst Aldama stießen. Nachdem man einige Schüsse gewechselt, verlor die Oberst, die irregulären Soldaten wieder zur Pflicht zurückzurufen.

man sich aber noch mit ihm beschäftigte, fiel auch der andere auf den Boden nieder und war gleichfalls sofort eine Leiche. Späterlicher konnte die Feilscher wohl nicht gestört werden, indes weiß man auch nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die Höhe dieser Wurfes — oder über die Gasse, die einer solchen Schlägerei ruhig zusehen konnten.

„Aus Italien wird gemeldet, daß der Winter dort sich streng anlasse. Selbst aus dem Süden lauten die Berichte höchst winterlich. Der Vesuv und die umliegenden Berge haben die Hüupter mit Schnee bedeckt und auf den Straßen von Avellino nach Foggia, sowie von Gaianello nach Pescara lag der Schnee schuhhoch.“

„Ein unentdeckter Volksstamm in Afrika.“ Auf seiner Entdeckungsreise in Afrika ist Dr. Livingstone auf einen Stamm Wilder getroffen, der sich „Baenda-Pegi“ nannte. Die Männer desselben waren von Kopf bis zu Fuß gelb angestrichen und in dieser Weise einzig und allein ihr ganzes Geübte. Die Frauen dieses Stammes dagegen erschienen gut bekleidet. Diese Schür Adams werden von Livingstone als sehr artig geschildert. Sie rauchten den ganzen Tag; bevor sie jedoch ihre Pfeifen anzündeten, verfehlten sie niemals, die Reisenden zu fragen, ob der Rauch sie belästige? Sie haben übrigens eine absonderliche Art zu rauchen. Sie stoßen nämlich eine Dampf-wolke aus, dann gelang es ihnen, durch ein häufiges Einathmen diese Wolke wieder zu erfassen und sie hinanzuschicken — dies nennen sie die wahre Kunst, den Geist des Tabaks, der bei gewöhnlichen Rauchern verloren geht.

Die Pariser „Patrie“ meldet aus Madrid, daß am 4. Jänner die Mitglieder des diplomatischen Corps dem Marschall Herzog von Tetuan (Donnell) einen Besuch machten, was als ein Zeichen der Theilnahme betrachtet wird. Am 5. Morgens hatte man in Madrid eine Depesche, nach welcher der Marschall Herzog von Vittoria (Gpartero) seinen Aufenthalt zu Lagrono nicht verlassen hatte, was die Regierung sehr beruhigt haben soll. Demnach hat Gpartero sich bei dem Aufstande der Fortschrittspartei, welcher er sonst angehört, nicht betheiligt.

Großbritannien.

Die „London Gazette“ meldet in ihrer neuesten Nummer in aller Form die Einsetzung der jamaikanischen Untersuchungs-Commission, die demzufolge nur aus drei Mitgliedern: Sir Henry Knight Stork, Russell Gurney und John Maule bestehen wird. Gleichzeitig bestätigt die Gazette die Nachricht, — daß der Advocat Charles Savile Nominell zum Secretär der Commission ernannt ist.

Dem Globe zufolge wird die britische Regierung einen amtlichen Stenographen nach Jamaica senden, der mit jeder Post die Zeugenaussagen, die vor der Untersuchungscommission gemacht werden, einsenden soll, damit die ganze Masse so bald wie möglich dem Parlament vorgelegt werden könne.

In Betreff Canada's schreibt die „New-Yorker Handelszeitung“: „Man berechnet, daß in diesem Jahre 100.000 Personen aus Canada nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind. Das Erlösches des in Canada überaus vortheilhaften Handelsvertrags, welches in zwei Monaten bevorsteht, wird die Schwärze der canadischen Regierung noch vermehren und die Annerionspartei abermals stärken.“

Italien.

Nach Berichten aus Rom hat der Papst im Consistorium vom 8. d. die Ernennung der Erzbischöfe von Köln und Posen vollzogen.

Rußland.

Der Statthalter von Polen, Graf Berg, wohnte am 6. d., als am Feste Christi Geburt, griechisch-nichtunirten Ritus, dem vom Warschauer Erzbischof Hochw. Joancius celebrirten solennen Gottesdienste in der orthodoxen Kathedralkirche bei, in welcher auch die Generalität, Stabs- und Oberofficiere, dann Beamte der ersten fünf Classen anwesend waren. Nach dem Gottesdienste begab sich der Statthalter mit anderen geladenen Personen zu einem prachtvollen Dejeuner beim Erzbischof.

Nach Berichten aus Warschau werden für diesen Winter die Maskenbälle in den Theatersälen wieder erlaubt sein.

In Bezug auf Arcimowicz ist noch zu berichten, daß eine Differenz mit dem Fürsten Czarkaski ihn bewegen hat, seine Demission zu verlangen. Er reiste nach St. Petersburg, und der „Dziennik“ bringt nun einen Ulas, nach welchem er vorläufig nochmals in alle seine früher innegehabten Aemter eingesetzt wird.

Unter den sibirischen Verbannten fand unlängst eine Trauung statt. Im Gefängniß zu Kuzuga wurde nämlich Josef Bantalski aus dem Warschauer Gouvernement, 34 Jahre alt, mit Felicia Kos aus Kaluga, einer 16jährigen Polin, vom Decan Hochw. Constantin Wojcizus, getraut.

Zur Tagesgeschichte.

„Gräßliche Rauferei.“ Das „Tagl.“ bringt folgende schauerhafte Geschichte: Ein Vorfall, der sicherlich nur wenige seines gleichen hat, wird von einem aus dem bairischen Walde zurückgekehrten glaubwürdigen Reisenden berichtet. In einem nahe bei Cham gelegenen Dorfe trafen während der Festtage zwei sehr lange verheirathete Burken im Wirthshaus zusammen und begannen bald zu raufen. Von den übrigen anwesenden Gästen wurde Gewalt aus dem Zimmer entfernt, legten sie aber das Geräuße dreiviertel Stunden lang fort und bearbeiteten sich mit ihren Landweibern, im Griffe stehenden Messern derartig, daß die Kleider vom Erbe fielen, der eine, wie man nachher zählte, an 21, der andere aus mehr als 30 Wunden blutete. Niemand wagte sich einzugreifen. Endlich kamen die beiden Burken selbst wieder in's Zimmer, legten sich jeder an einem andern Tische nieder, die blutigen Messer neben sich hinlegend. Nicht lange dauerte es, als der eine nach einem Kopfschmerz verlangte, da er unwohl werde. Solches war ihm aber noch nicht gebracht, da fiel er vom Stuhl und als man ihn aufheben wollte, war er bereits todt. Während

sichende Vorfall ist jedoch gänzlich erfunden, denn erstens existirt in ganz Lemberg ein Kaffeehauswirth Franz Groß nicht; Herr Janos Groß dagegen, der in der untern Armeniergasse ein Kaffeehaus besitzt, wurde weder überfallen, noch seines Beizes beraubt und endlich hat so viel es bekannt ist, niemand anderer ein ähnliches Ereigniß angemeldet.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Bei der am 8. d. in Wien stattgehabten Verlosung der Staatslotterie-Lose wurden folgende Serien gezogen: 41, 222, 93, 48, 115, 81, 89, 141, 110, 51, 132, 206, 102, 15, 60, 225, 175, 102, 30, 11. Nr. 258,953 gewinnt 80,000 fl., Nr. 121,741 gewinnt 25,000 fl., Nr. 256,867 gew. 10,000 fl., Nr. 74,848 und Nr. 39,629 gew. je 5000 fl. 4000 fl. gewinnen Nr. 147,517, 12,730, 30,476; 3000 fl. gewinnen Nr. 184,883; 56,855, 146,567 und Nr. 154,279; 2000 fl. gew. Nr. 195,101, 73,124, 88,648, 168,310, 202,937; 1000 fl. gew. Nr. 8078, 219,300, 129,799, 34,431, 98,138, 67,613, 110,443, 1056, 242,420, 14,833, 143,466, 227,477, 235,461, 188,937, 80,146, 46,956, 245,783, 33,265, 91,548, 192,248.

Paris, 9. Jänner, Mittags. 3 1/2 Rente 68.55. — Neues österreich. Anlehen 347.50.

Wien, 9. Jänner, Nachm. 2 Uhr. [Gas.] Met. 62.65 — Nat.-Anl. 66.85. — 1860er Lose 83.50. — Vantactien 759. — Credit-Actien 151.20. — Silber 104.90. — London 104.75. — Ducat 5.02.

Berlin, 9. Jänner. Böhmische Westbahn 73. — Gal. 86 1/2. Staatsb. 111. — Preuss. Anlehen 100 1/2. — Sycer. Met. 60. — Nat.-Anl. 63 1/2. — Credit-Lose 73. — 1860er Lose 80 1/2. — 1864er Lose 49. — 1864er Silber-Anlehen 67 1/2. — Credit-Actien 72 1/2. — Wien 95.

Frankfurt, 9. Jänn. 5 Uer. Metall. 57 1/2. — Anlehen vom Jahre 1859 69 1/2. — Wien 111 1/2. — Vantactien 843. — 1854er Lose 73 1/2. — Nat.-Anlehen 61 1/2. — Credit-Actien 168.25. — 1860er Lose 79 1/2. — 1864er Lose 85 1/2. — Staatsbahn —. 1864er Silber-Anl. 68 1/2. — American. 68 1/2.

Hamburg, 9. Jänner. Nat.-Anl. 61 1/2. — Credit-Actien 70 1/2. 1860er Lose 78. — American. 62. — Wien 81.25.

Paris, 9. Jänner. Schlusscourse: 3percentige Rente 68.40. — 4 1/2perc. Rente 98. — Staatsbahn 415. — Credit-Mobilier 770. — Lombard 426. — Oester. 1860er Lose fehlt. — Piemont. Rente 62.20. — Oester. Anleihe 347.50. — Consols 87 gemeldet.

Amsterdam, 9. Jänner. Dort verz. 77. — 5perc. Met. 55 1/2. — 2 1/2perc. Met. 28 1/2. — Nat.-Anl. 59 1/2. — Wien —. — Silber-Anlehen 63 1/2. — Amer. —.

London, 9. Jänner. Schluss-Consols 87 1/2. — Lomb. Cif. Actien 17. — Anglo-Deherr. Bank —. — Lief. Conf. 41 1/2. — Silber —. — Wien 1090. — American. —.

Liverpool, 9. Jänner. (Baumwollenmarkt.) Umsatz 8.000 Ballen fest. — Upland 20 1/2. — Fair 20 1/2. — Middl. Fair 20 1/2. — 16 1/2. — Middl. Dholl. 16 1/2. — Bengal 13 1/2. — Dombra 17 1/2. — Sende 13 1/2. — Egypt. 23 1/2. — Berman —.

Kraufener Cours am 9. Jänner. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 123 verl., 120 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84 1/2 verl., 82 1/2 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. fl. poln. 494 verl., 484 bez. — Russische Silberbuben für 100 Rubel fl. öst. fl. 137 1/2 verl., 134 bez. — Preuss. oder Vereinsbänke für 100 Thaler fl. öst. fl. 157 1/2 verl., 154 1/2 bez. — Preuss. Cour. für 150 fl. öst. fl. Thaler 96 1/2 verl., 95 1/2 bez. — Neues Silber für 100 fl. öst. fl. 105 1/2 verl., 104 1/2 bez. — Vollw. österr. Pfand-Dufaten fl. 5.05 verl., 4.95 bez. — Napolcondore fl. 8.50 verl., fl. 8.35 bez. — Russische Imperials fl. 8.65 verl., fl. 8.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst laut. Comp. in ö. W. 67.50 verl., 66.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst lautenden Coupons in ö. W. fl. 70.75 verl., 69.75 bez. — Grundentlastungs-Obbligationen in österr. Währung fl. 69. — bez. 68. — bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons fl. öst. Währ. 183. — verl., 180. — bez.

Neueste Nachrichten.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Mehrere hiesige Blätter erklären die in Wien erscheinende Broschüre: „Eine Lösung der österreichischen Verfassungsfrage“ für eine officöse, ja geradezu ministerielle Schrift. Wir sind ermächtigt, diese Vermuthung als eine irrige zurückzuweisen und glauben mit der Behauptung nicht zu irren, daß die Regierung zu diesem Schriftstücke auch nicht in der entferntesten Beziehung steht.

Pest, 10. Jänner. „Magyar Vilag“ weist nach, wie sehr durch die gemeinsamen Angelegenheiten der Horizont der ungarischen Gesetzgebung erweitert wurde.

„Hon“ beginnt die Frage nach dem Programme Ungarns zu beantworten und formulirt zunächst drei Grundsätze, auf welchen die ungarische Verfassung beruhen müsse: 1. Müsse Ungarn über seine geistige und materielle Entwicklung ohne fremden Einfluß selbstständig verfügen können. 2. Müsse nach dem Wunsche der Majorität regiert werden. 3. Dürfe die ungarische Verfassung ein transleithanisches Verfassungsleben nicht unmöglich machen.

„Naple“ bespricht die Wahlmischbräuche und erklärt sich gegen eine geheime Abstimmung.

„Hirnöt“ constatirt zwei Michtungen, deren eine in der Adresse nur die Loyalität ausdrücken und die Bereitwilligkeit erklären will, die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten gleich vorzunehmen, so wie die 1848er Gesetze, besonders Art. 3 und 16 zu revidiren, während die andere ein Ministerium verlangen will.

Pest, 10. Jänner. Graf Emil Dessewffy ist heute gestorben.

Kaschau, 9. Jänner. Graf Ed. Karolyi ist zum Deputirten gewählt worden.

Triest, 9. Jänner (Abends.) In der heutigen Handelskammersitzung wurde Bieco einstimmig zum Präsidenten, Cio Morpurgo zum Vicepräsidenten wiedergewählt.

Madrid, 8. Jänner. Nach den neuesten Berichten befindet sich Prim in Arda und wird schwerlich entronnen können.

Perpignan, 9. Jänner. Aus Barcellona wird vom 7. Abends gemeldet: Es haben zahlreiche Zusammenrottungen stattgefunden, die durch das Militär zerstreut wurden. Die Bevölkerung ist in Unruhe.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Wojek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 9. auf den 10. Jänner.

Angekommen sind die H. G. Gutsbesitzer: Bobrowski Carl, aus Dobron; Diabrogewiski Stanislaus, aus Galizien. Abgereist sind die H. G. Gutsbesitzer: Grocholski Thaddeus nach Podolien; Baron Lipowski Adolph, nach Galizien.

R. f. Theater in Krakau: Heute „Raptus“, Lustspiel von Labiche und „Odaliski“, komische Oper von Duménil.

Kundmachung.

(19. 3)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckchrift: „Magyarország Fuggetlenségi Harejanak története 1848 es 1849. ben ista Horváth Mihály, 3 Bände, Genf, Druck von Nicolaus Pafy, 1865,“ den Inhalt des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und des Verbrechens der Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses begründe, strafbar nach den §§ 65 lit. a und 64 St. G. B. und verbindet damit das Verbot der weiteren Verbreitung nach § 36 St. G. B.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen. Wien, am 27. Dezember 1865. Der k. k. Landesgerichts-Präsident, Bojchan m. p. Der k. k. Rathsecretär, Schalling m. p.

Kundmachung. (22. 2-3)

Die königliche Statthalterei zu Wien hat unter dem 30. v. M. Z. 91891 bekannt gegeben, daß aus Anlaß des Herrschens der Minderpest in Galizien der Eintrieb von Hornvieh und die Einfuhr dessen Rohprodukte aus Galizien nach Ungarn bis auf Weiteres unbedingt untersagt wurde, da Ungarn seit 15. November l. J. jeuchfrei ist.

Diese Seuchenmaßregel wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 25. Dezember 1865.

Kundmachung. (23. 2-3)

Laut Erlasses vom 13. Dezember 1853 Z. 24265/2275 hat das hohe k. k. Staatsministerium einvernehmlich mit dem k. k. Kriegs- und Finanzministerium für die nach § 31 der Militär-Einquartierungs-Vorschrift vom 15. Mai 1851 (M. G. Bl. Nr. 124) aus dem Staatsfusse zu leistende Vergütung der einem Manne vom Feldwebel und den gleichen Chargen abwärts bei dem Durchzuge gegebenen Mittagkost von Seite des Quartierträgers mit Rücksicht auf die bestandenen Rückwärts-Durchschnittspreise in dem Jahre 1866 die Vergütung auf einen Tag für West-Galizien auf Neun Kreuzer ö. B. festgesetzt. Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, 29. Dezember 1865.

Kundmachung. (12. 3)

Zur Zwecke der Einkommensteuer-Bemessung für das Solar-Jahr 1866 d. i. für die Periode vom 1. Jänner 1866 bis Ende Dezember 1866 wird bei dem Umstände als im Grunde der Verordnung des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 8. October 1864 Z. 43507 und des Erlasses der k. k. Finanz- und Direction vom 14. Dezember 1865 Z. 20602, die Befehle über das Einkommen und die Anzeigen über stehende Jahresbezüge bis Ende Jänner 1866 einzubringen sind, Nachstehendes bekannt gegeben:

- 1. Den Befehle über das Einkommen der I. Classe, worunter auch jenes aus Pachtjahren begriffen ist, sind die Erträge und Ausgaben der Jahre 1863, 1864 und 1865 zur Ermittlung des reinen Durchschnitts-Ertrages zu Grunde zu legen.
2. Laut § 22 des a. h. Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer von stehenden Bezügen (Gehältern) der II. Steuer-Classen sind die Casen und Private zur Ueberreichung der Anzeigen über die von ihnen auszuzahlenden stehenden Bezüge und die Bezugsberechtigten zur Ueberreichung ihrer diesfälligen Befehle verpflichtet.
3. Das Einkommen aus Zinsen und Renten der III. Classe, welche der Verpflichtung zur Fiktion von Seite des Bezugsberechtigten unterliegen, ist nach dem Stande des Vermögens vom 31. December 1865 einzubekennen. Dazu gehören auch die Zinsen von Dienst-Vertrags- und sonstigen, wie immer genanteten Barcantonen der Civil- und Militär-Personen, von Privat-Obligations, die Zinsen von auf steuerfreien Häusern intabulirten Capitalien u. s. w.
4. Die Uebernahme, Prüfung und Richtigestellung der Befehle und Anzeigen für die Einkommensteuer, dann die Festsetzung der Steuergebühren wird vom k. k. Kreisvorstande erfolgen. Die Entscheidung über die Recurse gegen diese Bemessung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Landes-Direction zu.
5. Zur Ueberreichung der Befehle über das Einkommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird die Frist, im Grunde der obgezogenen hohen Finanz-Ministerial-Verordnung, gegen Vermeidung der gesetzlichen Säumnisstrafe, bis Ende Jänner 1866 festgesetzt.
6. Im Falle, wo die Einkommensteuergebühren für das Solarjahr 1866, von dem Verfall der ersten Einzahlungsrate d. i. bis 15. März 1866 nicht zur Vorweisung gelangen könnte, hat die Einhebung und zwangsweise Beitreibung dieser Steuer, bis zur

Umlegung der neuen Schuldigkeit nach der Gebühr i r. włacznie, pretensye swe przeciw masie ugodnej p. Samuela Eibuschitza z jakiegokolwiek tytułu prawnego pochodzące, u mnie na piśmie zgłosili, gdyż w tym razie, gdyby układ z wierzycielami p. Samuela Eibuschitza miał przysię do skutku, niezgłaszający swych pretensyj, o ileby te nie opierały się na prawie zastawu, z niemi oddaleni będą, a zarazem ulegną rygorom §§ 55, 56, 58 i 59 ustawy z dnia 17 grudnia 1862 r. l. 97 objętych. Kraków, 5 stycznia 1866.

Stefan Muczowski, e. k. notaryusz jako del. kom. sąd.

Kundmachung. (27. 2-3)

Beim k. k. Landes- als Handelsgerichte in Krakau sind in das Handelsregister für Einzelnfirmen eingetragen, u. z. am 9. October 1865, Firma: „Heinrich Gartner“, Firmainhaber Heinrich Gartner, Goldhändler in Biala; am 23. October 1865, „Tadeusz Tarasiewicz“, Firmainhaber Thaddäus Tarasiewicz, Besitzer einer Eisen- und Nürnberger-Waaren-Handlung, dann eines Expeditions- und Commissions-Geschäftes in Krakau. am 11. November 1865, „Heinrich Schwarz“, in der deutschen, „Henryk Schwarz“, in der polnischen Sprache, Firmainhaber Heinrich Schwarz, Besitzer einer Schnittwaaren-Handlung in Krakau.

Für Gesellschaftsfirmen: am 23. October 1865, „Isenbergs & Thorns Söhne“, Offene Gesellschaft seit 30. April 1862. Offene Gesellschafter sind: Isacker Isenberg und Josef Thorn, Spezereiwaren-Händler in Krakau. Das Recht die Gesellschaft zu vertreten, steht beiden Gesellschaftern zu. Am 11. November 1865 wurde die Firma „D. Rappaport“, Commissionsgeschäft in Krakau, von Amtswegen gelöscht. Krakau, 20. November 1865.

Edykt. (9. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie niniejszym wiadomo czyni, że wskutek pozwu Mendla Reinsner przeciw Mendlowi Neuss i Pawłowi Ringl o zapłacenie sumy wekslowej 700 złr. w. a. z przyn. dla z miejsca pobytu niewiadomego Pawła Ringl kuratorem adwokat Dr. Lewicki, a zastępcą kuratora adwokat Dr. Reiner ustanowionym został. O tém wiadomiam się Pawła Ringl z poleceniem, ażeby sam, lub przez kuratora, lub innego rzeczownika środki obroncze przedsięwziął i Sądowi miejsce swego pobytu wskazał. Rzeszów, dnia 30 grudnia 1865.

Obwieszczenie. (29. 1-3)

C. k. Sąd powiatowy miejsko-delegowany w Rzeszowie niniejszym ogłasza, że Józef Wierzecholek, gospodarz z Staromieścia, uchwałą c. k. Sądu obwodowego Rzeszowskiego z dnia 6 października 1865 do l. 5187 za marnotrawcę uznany i mu w osobie Jerdrza Wietych, gospodarza z Staromieścia, kurator ustanowiony został. Rzeszów, dnia 26 grudnia 1865.

Edykt. (28. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Tadeusza hr. Morstina i p. Sabiny hr. Morstin, że przeciw nim p. J. Rosenblum pod dniem 20 grudnia 1865 l. 24157 o sumę wekslową 3600 złr. w. a. z wekslu ddto: Kraków 1 stycznia 1864 pochodząca wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu wydanym został w dniu dzisiejszym nakaz płatniczy tej sumy wekslowej 3600 złr. w. a. z przn.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego adwokata p. Dra. Altha kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytożony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyz oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzieliли, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wyniknie z zaniżbania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, dnia 28 grudnia 1865.

Wezwanie. (16. 3)

Niniejszym wzywam wierzycieli masy ugodnej p. Samuela Eibuschitza, aby najdalej po dzień 25 b. m.

Weterynaryjskie Obserwacje.

Table with 7 columns: Wzrost, Ciężar ciała, Ciężar serca, Ciężar płuc, Ciężar wątroby, Ciężar nerek, Ciężar pęcherzyka żółciowego. Rows for 10 and 11 days.

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

W sprawie Konkursowej w Szcza w n i c a jest die Stelle eines Verwalters mit einer jährlichen Bestallung von 480 fl. ö. W. freier Wohnung, Heizung und dem Rechte aus den Zufüssen der Heilungstaxen 2% zu beziehen, mit der Verpflichtung eines Cautionserlages pr. 600 fl. ö. W., in Obledigung gekommen, wozu hiermit der Concurs bis Ende Februar l. J. ausgeschrieben wird. Bewerber um diesen Posten haben ihre Anträge an die Direction der Wasserheilanstalt in Szcza w n i c a franco zu richten, und sich über die abgelegten Studien, die genaue Kenntniß der polnischen und deutschen Sprache, die Befähigung zur Führung des Handels-Rechnungswesens und der Correspondenz, sowie über die tadellose Ausführung in den Stellen, die sie bisher eingenommen, gehörig auszuweisen.

Wiener Börse-Bericht vom 9. Jänner.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes National-Anleihe, Metalliques, and various bonds.

Actien (rr. et.)

Table with 2 columns: Item and Price. Lists various stocks like Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.

Wandel-Gesellschaft.

Kundmachung.

Von der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krakau wird hiemit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Statuten die bei ihr bis 15. Dezember 1865 verfallenen Pfänder n. z. Prätiosen, d. i. silberne Leuchter, Köffel, Messer, Gabel; goldene und silberne Uhren, Ringe, Ketten, Korallen etc. bestehend aus Leinwand, Tuch, und Seidenstoffen, am 15. Jänner 1866, eventuell am 16. Jänner 1866 Vormittags 9 Uhr, im Wege der öffentlichen Versteigerung am Ringplatze Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen fögliche baare Bezahlung werden hintangegeben werden.

Koritschoner mp.

Filiale der k. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft in Krakau.

Kundmachung.

Die Besitzer der Pfandscheine von der Abtheilung für Prätiosen Nr. 176, 506, 611, 695, 722, 728, 988 und 1132 werden hiemit gemäß § 24 der Statuten aufgefordert, die Ueberhülle von den durch die öffentliche Licitation am 1. Dezember 1865 versteigerten Pfändern binnen drei Jahren von heute abzulösen. Nach Ablauf dieser Frist werden die derartigen nicht abgelösten Ueberhülle zum Fonde der Gesellschaft einbezogen.

Koritschoner mp.

Abgang und Ankuft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres.

Table with 2 columns: Station and Time. Lists train schedules for Krakau, Breslau, and other locations.